

Programmcheck der Parteien zur Bundestagswahl 2021



für Deutsche Bauern Korrespondenz dbk 8/2021

*Fragen des Deutschen Bauernverbandes an
die Parteien im Deutschen Bundestag*

- 1. GAP und Green-Deal:** Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie der European Green Deal mitsamt Farm-to-Fork-Strategie fordern mehr Umweltleistungen der Landwirtschaft und wirken zugleich weniger einkommensfördernd. Wie will Ihre Partei dafür sorgen, dass die Ernährungssicherung durch die Landwirte in Deutschland möglich bleibt und diese gleichzeitig ein ausreichendes Einkommen erzielen können?



CDU/CSU:

Wir stehen an der Seite unserer Bäuerinnen und Bauern. Unsere Landwirtschaft verdient mehr Wertschätzung und braucht mehr Wertschöpfung. Wir begleiten die Landwirtschaft verlässlich beim ökologischen Wandel. Für Bäuerinnen und Bauern – und insbesondere die künftige Generation – schaffen wir attraktive und vielseitige Einkommensmöglichkeiten.

Die Ernährungssicherung ist und bleibt die erste Aufgabe der Landwirtschaft. Dafür müssen die Betriebe nachhaltig wirtschaften und ökonomisch gut aufgestellt sein.

Mit der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) haben wir entscheidende Weichen zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit gestellt, gleichzeitig aber auch erreicht, dass sie einkommenswirksam bleibt. Wir werden kleine und mittlere Betriebe mit höheren Direktzahlungen für die ersten Hektare angemessen fördern und die Umweltmaßnahmen (Eco-Schemes und

Agrarumweltprogramme) attraktiv ausgestalten. Die Beiträge der Landwirtschaft zum Klima-, Natur- und Artenschutz müssen bei zukünftigen politischen Entscheidungen berücksichtigt und auch honoriert werden.

DIE LINKE:

DIE LINKE setzt sich seit vielen Jahren für kostendeckende Erzeuger- und bezahlbare Lebensmittelpreise durch faire Regeln entlang der Lieferkette ein. Dazu gehören z. B. ein geschärftes Kartellrecht, eine Generalklausel gegen unlautere Handelspraktiken und ein Verbot nicht-kostendeckender Erzeugungspreise. Die EU-Agrarpolitik muss die Umwelt-, Natur- und Tierschutz-, aber auch soziale Leistungen einkommenswirksam honorieren. DIE LINKE macht sich dafür stark, alle Eco-Schemes (I. Säule) in der zukünftigen GAP als Gemeinwohlprämie und anreizbasiert zu gestalten. Um die Ernährungssouveränität sowie die Einkommen in der Landwirtschaft zu sichern, muss die gesamte Lieferkette deutlich stärker in die Verantwortung genommen werden. DIE LINKE setzt sich für ein gemeinwohlorientiertes Kartellrecht, die unverzügliche Einrichtung der geplanten Meldestelle für unlautere Handelspraktiken und ein Werbeverbot mit Dumpingpreisen ein.



DIE GRÜNEN:

Um die Ernährung mit unseren Landwirt*innen zu sichern, fördern wir eine Landwirtschaft, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhält und klimarobust ist. Wir GRÜNE wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert. Wir setzen uns für innovative Instrumente der Agrarumweltförderung ein, bei denen Klima- und Naturschutz sowie agrarökologische Ziele gemeinsam gedacht werden. Bäuer*innen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen daher gegen Dumpingpreise, den Verkauf von Lebensmitteln unter Erzeuger*innenpreis und Konzentration in der Lebensmittelbranche vorgehen und dazu die Möglichkeiten des Wettbewerbs- und Kartellrechts sowie der EU-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken nutzen. Wir wollen Junglandwirt*innen und Neueinsteiger*innen unterstützen

und Maßnahmen gegen Bodenspekulation und den Ausverkauf ländlicher Fläche ergreifen.



SPD:

Wir wollen Umwelt- und Klimaschutz, gesellschaftliche Erwartungen und gerechte Einkommen in der Landwirtschaft in Einklang bringen. Die flächengebundenen Direktzahlungen müssen daher schrittweise komplett in eine Honorierung von Gemeinwohlleistungen überführt werden. Entscheidend ist hierbei der betriebswirtschaftliche Anreiz zur Umsetzung der Gemeinwohlleistungen. Um zukünftig regionale Wertschöpfungsketten dauerhaft zu etablieren, muss neben die bisherige GAP ein Instrument zur gezielten Nachfragestärkung treten: Der Einkauf regional und nachhaltig erzeugter Lebensmittel für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung soll dauerhaft vom Bund gefördert werden. So können landwirtschaftliche Betriebe ihre Produkte deutlich besser vor Ort und zu angemessenen Preisen verkaufen. Gesunde Ernährung in Kita und Schule bedeutet zudem Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land. Auch eine deutliche Entlastung des Gesundheitssystems durch den starken Rückgang ernährungsbedingter Erkrankungen wird die Folge sein.



AfD:

Die AfD befürwortet eine umfassende Regionalisierung der Landwirtschaft mitsamt einer damit verbundenen Neuausrichtung von Förderstrukturen. Die GAP in ihrer derzeitigen Ausgestaltung ist kein geeignetes Instrument, um den Erhalt der deutschen Landwirtschaft auch zukünftig zu gewährleisten. Die stetige Erhöhung von Auflagen unter anderem in Form von Umweltleistungen und Bürokratie bedroht die landwirtschaftliche Vielfalt und mündet mittelfristig in eine verstärkte Abhängigkeit von ausländischen Lebensmittelproduzenten. Um dieser wachsenden Diskrepanz aus sinkender Wettbewerbsfähigkeit und steigenden Auflagen entgegenzuwirken, setzt sich die AfD für umfassende Reformen ein. Dazu gehört zuallererst die Einstellung aller praxisfernen

Umweltauflagen. Darüber hinaus dürfen nationale Maßnahmen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU führen, wie beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder bei der Gestaltung von Fördermechanismen beispielsweise durch gekoppelte und entkoppelte Zahlungen.



FDP:

Wir Freie Demokraten wollen Umwelt- und Klimaschutz ergebnisorientiert und durch marktwirtschaftliche Instrumente erreichen. Immer mehr Auflagen und Regelungen, die in ihrer Wirkung fraglich sind und das Wirtschaften der Landwirte unverhältnismäßig einschränken, lehnen wir ab. An die Direktzahlungen sind immer weitgehendere Bedingungen und Auflagen geknüpft, für deren Erfüllung Landwirte erheblichen Mehraufwand und somit höhere Produktionskosten zu verbuchen haben. Dadurch schwindet deren wirksamer Einkommenseffekt zusehends. Deshalb wollen wir die Landwirte unabhängig von diesen Zahlungen machen und hin zu mehr zukunftsichernder Investitionsförderung sowie Forschung. Es gilt, die Funktionen unserer modernen Landwirtschaft in Einklang zu bringen und den Natur- und Artenschutz mit dem primären Ziel der Ernährungssicherung zu vereinen. Dies wollen wir über Naturschutzkooperationen statt pauschaler Verbote erreichen. Zielkonflikte in der Farm-to-Fork-Strategie gilt es auszuräumen.

2. Gemeinsame Standards im gemeinsamen Markt,

Kennzeichnung und Honorierung für höhere nationale

Standards: Ein gemeinsamer Markt ohne gemeinsame Standards sorgt für Wettbewerbsverzerrungen. Wie wollen Sie die Verlagerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Länder innerhalb und außerhalb der EU mit niedrigeren Standards verhindern? Welche Rolle können dabei Kennzeichnungssysteme oder Ausgleichsregelungen für nationale Sonderwege spielen?



DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE werden uns für einheitlich hohe Standards in der EU einsetzen, um ein „Level Playing Field“ zu garantieren. Das schließt für uns nicht aus, dass Deutschland in bestimmten Bereichen zunächst eine Pionierrolle einnimmt. Wenn in Deutschland erzeugte Lebensmittel höhere Standards erfüllen, sollten sie auch – im Einklang mit europäischen Regeln – dementsprechend gekennzeichnet werden. Gerade regionale Produktion braucht faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber importierten Lebensmitteln. In Handelsabkommen mit Drittstaaten werden wir uns dafür stark machen, dass keine Seite die Standards der anderen unterlaufen kann.



DIE LINKE:

DIE LINKE hat sich immer dafür stark gemacht, dass Ernährung und Landwirtschaft nicht unter die Standard-Regelungen der WTO fallen, da Ernährungssicherheit und -souveränität nicht mit der Produktion von Verbrauchsgütern vergleichbar sind. Ethische Grundsätze und Handeln im Sinn des Gemeinwohls dürfen nicht länger als Wettbewerbsverzerrung gewertet werden. Erste Diskussionen hierzu sind im Gange, um vor diesem Hintergrund wieder mehr nationale Spielräume z. B. für Ausgleichsregelungen für nationale Sonderwege zur Lösung sozialer und ökologischer oder Klimaprobleme zuzulassen. DIE LINKE hat sich zudem immer für ein staatliches, verpflichtendes und perspektivisch auch EU-weites Haltungskennzeichen stark gemacht.



CDU/CSU:

Wir setzen uns mit hoher Priorität für gleiche Wettbewerbsbedingungen und Standards innerhalb der EU ein. In Bereichen, in denen die Gesellschaft in Deutschland höhere Standards verlangt, wie zum Beispiel in der Tierhaltung, müssen sich die Bürger an den Kosten beteiligen. Dafür hat die Borchert-Kommission im Bereich der Tierhaltung Wege aufgezeigt. Auf dieser Grundlage werden wir ein tragfähiges Finanzierungsmodell entwickeln. Zudem müssen Tierwohl, Herkunft, Regionalität und Nachhaltigkeit für den Verbraucher einfacher erkennbar sein. Unser Ziel sind verbindliche Kennzeichnungen auf europäischer Ebene. In Bezug auf Drittländer brauchen wir faire Handelsabkommen, die die hohen Standards der EU-Landwirtschaft respektieren und schützen. Für Importe in den Binnenmarkt müssen nicht nur die gleichen Produktstandards gelten wie für heimische Lebensmittel, sondern auch die gleichen Produktionsstandards. In Handelsabkommen soll daher zunehmend die Prozessqualität einbezogen werden: Das heißt, die Umwelt-, Tierwohl- und Arbeitsschutzstandards bei der Lebensmittelerzeugung.



FDP:

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP). Gleichzeitig kann nur mit fairen Wettbewerbsbedingungen im gemeinsamen Binnenmarkt eine Abwanderung der landwirtschaftlichen Produktion und Weiterverarbeitung der Lebensmittel ins Ausland verhindert werden. Nationale Kompetenzen in der GAP dürfen nicht dazu missbraucht werden, Wettbewerbsverzerrungen herbeizuführen, wie es etwa durch die Einführung gekoppelter Zahlungen geschieht. Auch global setzen wir uns für Wettbewerb mit fairen Rahmenbedingungen ein. Deshalb wollen wir, dass sich die Welthandelsorganisation stärker für Marktwirtschaft einsetzt und weniger auf Bürokratie setzt, so dass Landwirte weltweit unabhängig von staatlichen Subventionen wettbewerbsfähig wirtschaften können. Wir fordern ein einfaches, transparentes und verpflichtendes Tierwohllabel in der gesamten Europäischen Union und mittelfristig europaweit einheitliche Tierschutzstandards.



SPD:

Wir werden uns auf europäischer Ebene für eine Angleichung der Standards landwirtschaftlicher Erzeugung einsetzen. Dies fordern nicht umsonst auch Green Deal und Farm-to-Fork-Strategie. Wir wollen mehr Aufklärung über die Zusammenhänge zwischen dem eigenen Ess- und Konsumverhalten und den Auswirkungen auf Gesundheit, Soziales und Umwelt. Verlässliche Kriterien zur Bewertung der Nachhaltigkeit von Lebensmitteln, Verbraucher*innen müssen sich auf eine klare und verständliche Kennzeichnung verlassen können. Eine Verbesserung der Herkunftskennzeichnung ist hier entscheidend. Wir brauchen klare gesetzliche Vorgaben für die Regionalkennzeichnung. Die Kriterien des Regionalfensters müssen im Hinblick auf den Mindestanteil regionaler Zutaten und die Definition der Regionsgröße verbessert werden.



Afd:

Die EU darf aus Sicht der Afd maximal einen einheitlichen Lebensmittelstandard vorgeben, der es ermöglicht, Importe aus Nicht-EU-Staaten zu unterbinden und zugleich einen nationalen Subventionswettstreit innerhalb der EU zu verhindern. Alle anderen Maßnahmen sind durch die nationalen Gesetzgebungen zu regeln. Die Einkommenssicherung der deutschen Landwirte muss dabei klar im Fokus stehen, weil die Stabilität und Zukunftsfähigkeit der ländlichen Regionen in Deutschland maßgeblich von der Landwirtschaft abhängen. Kennzeichnungssysteme können dabei helfen, regionale Lebensmittel stärker zu bewerben und zugleich Importwaren mit niedrigeren Produktionsstandards für Kunden sichtbar zu machen. Durch bilaterale Abkommen zum Schutz der regionalen Lebensmittelproduktion könnten Lebensmittelimporte aus EU- und Nicht-EU-Staaten rechtskonform begrenzt werden und als „Zollpolitik light“ fungieren.

3. Nutztierhaltung: Nutztierhalter sind mit steigenden Anforderungen seitens der Gesellschaft und des Lebensmitteleinzelhandels sowie mit ordnungspolitischen Auflagen konfrontiert. Mit welchen Strategien wollen Sie für wirtschaftliche Perspektiven mit Planungssicherheit in der Nutztierhaltung in Deutschland sorgen?



CDU/CSU:

Unsere Tierhaltung gehört – im Hinblick auf die Qualität und Sicherheit ihrer Erzeugnisse, die Tierwohlstandards sowie die ressourcenschonende Produktion – zu den besten der Welt. Daran müssen wir festhalten und sie weiter zukunftsfähig aufstellen. Wir werden Innovationen schnell umsetzen und Investitionen in Tierwohl fördern. Wir werden ein Tierwohlstall-Förderungsgesetz erlassen, emissionsarme Modellställe entwickeln und unsere Landwirte beim Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Empfehlungen der Borchert-Kommission unterstützen. Mit den Ergebnissen der Borchert-Kommission ist mehr Tierschutz zu haben. Damit wird der Umbau möglich. Wir werden das Finanzierungsmodell über staatliche Verträge absichern und den Landwirten Planungssicherheit gewährleisten. Wir werden die Investitionsbereitschaft in der Landwirtschaft stärken und wollen mit einem Bestandsschutz von 15 Jahren bei neuen Stallbauinvestitionen für Verlässlichkeit und Sicherheit sorgen.



DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE wollen einen Umbau der Tierhaltung, der nicht nur auf gesellschaftliche Anforderungen reagiert, sondern es vor allem auch Landwirt*innen ermöglicht, aus dem „Wachse oder weiche“-Hamsterrad auszusteigen. Wir wollen uns national und auch auf EU-Ebene für eine deutliche Anhebung der Tierschutzstandards einsetzen. Damit Tierschutz wirtschaftlich machbar ist, wollen wir die Landwirt*innen unterstützen: durch eine Umbauförderung, die durch einen Tierschutz-Cent auf tierische Produkte

finanziert wird, durch faire Preise und durch eine verpflichtende Haltungskennzeichnung für tierische Produkte.



FDP:

Wir Freie Demokraten wollen den Umbau der Nutztierhaltung gemeinsam mit den Landwirten mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen. Landwirte müssen ganz grundlegend in die Lage versetzt werden, die mit höheren Standards beim Tierwohl verbundenen Mehrkosten über den Markt erwirtschaften zu können. Statt immer weitergehenden ordnungsrechtlichen Auflagen brauchen Landwirte zunächst verlässliche Rahmenbedingungen. Nur so können notwendige Investitionsentscheidungen im Stallum- oder -neubau für mehr Tierwohl langfristig planbar sein. Widersprüche zwischen Tierwohl und Immissionsschutz wollen wir über eine Novelle des Baurechts auflösen. Um die Produktionsbedingungen in der Tierhaltung im gesamten EU-Binnenmarkt mit vielfältigen Warenströmen vergleichbar darzustellen, fordern wir ein europaweit einheitliches, verbindliches Tierwohlkennzeichen.



SPD:

Mit importierten Futtermitteln bei uns Tiere zu mästen, deren Ausscheidungen hier zu behalten und das Fleisch als Billigprodukt in den Export zu schicken, ist in der Gesellschaft nicht vermittelbar und für Landwirtinnen und Landwirte auch wirtschaftlich auf Dauer nicht tragbar. Vor allem kann ein derartiges System auch nicht klimaneutral arbeiten. Daher wollen wir die Rückkehr zu regionalen Nährstoffkreisläufen. Wir brauchen eine ehrliche Gesamtbilanz des Einflusses der Landwirtschaft auf das Klima ohne ideologische Scheuklappen, aber mit Blick auf die zukünftigen Generationen, zu denen selbstverständlich auch die nachwachsende Generation der Landwirtinnen und Landwirte gehört, die von ihrer Hände Arbeit gut leben sollen.



AfD:

Die Nutztierhaltung ist mit praxisfernen Verschärfungen konfrontiert, die es umgehend abzuschaffen gilt. Um der Landwirtschaft innerhalb der Gesellschaft eine stärkere Stimme zu geben und zugleich zukunftsfähige Lösungen zu erarbeiten, muss auch der Einfluss von Nicht-Landwirten, etwa bei der Zukunftskommission Landwirtschaft, eingeschränkt werden. Gesellschaftliche Forderungen an die Landwirte dürfen nicht überfallartig, quasi über Nacht, wirksam werden, sondern brauchen einen sinnvollen Planungszeitraum von mehreren Jahren, der zudem mit Umstellungsprämien und entsprechenden Förderinstrumenten unterlegt werden muss. Darüber hinaus ist vor jeder gesetzlichen Änderung jeweils die Umsetzbarkeit und die Vereinbarkeit mit geltenden Regelungen und Standards zu prüfen sowie eine Folgenabschätzung vorzunehmen. Eine kurzfristige Politik nach Stimmungslage ist um jeden Preis zu vermeiden.



DIE LINKE:

DIE LINKE setzt sich für einen langfristig gesicherten Umbau hin zu einer gesellschaftlich akzeptierten und klimagerechten Tierhaltung ein. Das wird viel Geld kosten, muss aber endlich beginnen. Die bisher profitierenden Verarbeitungs- und Vermarktungskonzerne müssen an den Umbaukosten angemessen beteiligt werden. Gleichzeitig setzt sich DIE LINKE für ein soziales Um- und Ausstiegsprogramm ein, um Nutztierhaltenden die Chance zu geben, rechtzeitig und sozial abgesichert auszusteigen, bevor der Markt sie zur Aufgabe zwingt – und quasi enteignet. Dazu gehören auch Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme. Verlorengegangenes Vertrauen muss wieder durch konsequentes Handeln, Planungssicherheit und Perspektiven sichergestellt werden. DIE LINKE begrüßt daher die Ergebnisse des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung und der Zukunftskommission Landwirtschaft und nimmt diese mit in ihre Beratungen auf.

4. Klimaschutz und -anpassung: Landwirtschaft emittiert Treibhausgase, mindert diese durch nachwachsende Rohstoffe sowie Bioenergie, bindet Kohlenstoff und ist durch Extremwetter betroffen. Wie will Ihre Partei die Ernährungssicherung aus heimischer Erzeugung so mit Klimaschutz zusammenbringen, dass die Erzeugung nicht ins Ausland verlagert wird?



DIE LINKE:

Landwirtschaft ist einer der wenigen Sektoren, die sowohl Quelle als auch Senke von Treibhausgasemissionen sind oder sein können. Damit ist sie Mitverursacherin und Betroffene vom Klimawandel, aber gleichzeitig auch Teil der Lösung. Biodiversität, Klima-, Umweltschutz sowie die regionale Versorgung mit hochwertigen und gesunden Lebensmitteln dürfen daher nicht gegeneinander ausgespielt werden. Agrarbetriebe müssen für Klima- und Umweltschutzleistungen einkommenswirksam honoriert werden. Aber auch die Konzerne entlang der Lebensmittelkette müssen in die Verantwortung genommen werden, z. B. durch kostendeckende Erzeugungspreise, aber über faire Gewinnverteilung dazu beitragen, dass Lebensmittel bezahlbar bleiben. Der Druck auf die landwirtschaftliche Fläche wird weiterhin steigen. Das darf aber nicht zu einem Verlust von fruchtbaren Ackerböden führen. DIE LINKE will ein Erhaltungsgebot für landwirtschaftliche Flächen.



Afd:

Die Afd positioniert sich klar gegen die Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung und die damit einhergehende Stigmatisierung der Landwirtschaft als wesentlicher „Emittent von Treibhausgasen“. In der Tierhaltung lassen sich tierische Ausscheidungen nicht vermeiden und selbige sind daher als Nebenprodukt eines gewünschten gesellschaftlichen Outputs zu bewerten, nämlich der Erzeugung hochwertiger Lebensmittel. Geschlossene Stoffkreisläufe sind dagegen auch abseits klimatischer Diskussionen sehr nützlich, weil sie eine regionale Verwertung natürlicher Ressourcen

ermöglichen. Diese Form der Regionalwirtschaft gilt es deshalb weiter zu stärken und zu fördern.



CDU/CSU:

Die Landwirtschaft wird ihre THG-Emissionen weiter mit angepasster Fütterung, klimaschonenden Anbaumethoden und präziser, sparsamer Düngung verringern und damit gleichzeitig wettbewerbsfähiger werden. Mit der Forstwirtschaft ist die Landwirtschaft aber auch der einzige Sektor, der eine Senke für Treibhausgase sein kann. Diese Senkenleistung wollen wir ausbauen und ein System der Honorierung entwickeln. Die Landwirte sollen mit Kohlenstoffspeicherung im Boden, mit Agroforstsystemen, Agri-Fotovoltaik, dem Anbau von Torfmoosen und Paludikulturen auf wiedervernässten Mooren, mit heimischen Eiweißpflanzen oder Rohstoffen für die Bioökonomie Geld verdienen. Die Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel werden wir mit der Entwicklung von Anbaumethoden im Rahmen der Ackerbaustrategie, ressourcenschonenden Bewässerungstechnologien und einem verbesserten Wassermanagement fördern. Mit Zuschüssen zu Mehrgefahrenversicherungen werden wir die Betriebe in ihrer Fähigkeit stärken, sich selbst gegen Dürre und andere Klimarisiken abzusichern.



FDP:

Wir Freie Demokraten wollen die Landwirtschaft bestmöglich auf die Herausforderungen des Klimawandels vorbereiten. Doch genauso, wie die Land- und Forstwirtschaft betroffen sein kann, ist sie auch ein wichtiger Baustein im Kampf gegen den Klimawandel. Denn durch Pflanzenwachstum und gezielten Humusaufbau kann CO₂ auf natürliche Art und Weise im landwirtschaftlich genutzten Boden gebunden werden. Wir wollen diese Klimaschutzleistung marktwirtschaftlich honorieren und dessen Inwertsetzung vorantreiben. Wir wollen mit einer klugen Rahmensetzung und schlanken Regulierungen im Bereich des sogenannten „Carbon Farming“ mehr Betrieben einen marktwirtschaftlichen Weg aufzeigen, zusätzlich zu ihrer primären Funktion der Nahrungsmittelproduktion Klimaschutz als Geschäftsmodell zu etablieren. Ein

Verbot von bestimmten Pflanzenschutzmitteln, das der konservierenden und somit klimaschonenden Bodenbearbeitung im Wege steht, lehnen wir ab.



SPD:

Die Landwirtschaft hat bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der Artenvielfalt eine zentrale Rolle. Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann.



DIE GRÜNEN:

Kein anderer Wirtschaftszweig ist von der Klimakrise so unmittelbar betroffen wie die Landwirtschaft. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft ist gleichzeitig klimafreundlich und klimarobust. Wir GRÜNE wollen Maßnahmen etablieren, mit denen wir in Zeiten zunehmender Extremwetter das Wasser in der Landschaft halten können. Wir werden vielfältige Fruchtfolgen und widerstandsfähige Anbausysteme wie Agroforst ebenso stärken wie die Nutzung von robusten Pflanzensorten. Für genutzte Moorböden wollen wir ökonomische Perspektiven für eine nachhaltige nasse Landwirtschaft ermöglichen und extensive Weidewirtschaft und Paludikultur stärken.

5. Natur- und Artenschutz: In einer Kulturlandschaft ist der Schutz von Arten und Biotopen im Wesentlichen auf die Nutzung angewiesen. Welche Strategie verfolgen Sie, um den Schutz der Biodiversität innerhalb von Schutzgebieten und in der offenen Agrarlandschaft zu sichern und wie sollen die Leistungen der Landwirte zum Natur- und Artenschutz honoriert werden? Wie sieht Ihre Balance zwischen dem Schutz streng geschützter Arten wie Wolf, Gänse etc. und deren Management aus?



SPD:

Wir wollen, dass öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen bezahlt werden, d.h. für Arten – und Naturschutz, Gewässer- und Bodenschutz. Wie dies genau ausgestaltet werden soll, wird in der nächsten Legislaturperiode entschieden. Wölfe sind europarechtlich streng geschützt und können nur unter bestimmten Voraussetzungen nach Prüfung und Genehmigung des Einzelfalls geschossen werden.



AfD:

Die finanzielle Schieflage vieler Landwirte zwingt diese zur Intensivierung ihrer Landnutzung. Dies ist hauptsächlich auf die derzeitigen Verschärfungen der Düngeverordnung und anderer Vorgaben zurückzuführen, die zwar auf dem Papier dem Naturschutz dienen sollen, in der Praxis jedoch teilweise konträre Effekte nach sich ziehen. So etwa bei der Regelung der Bewirtschaftung von Uferrandstreifen, die die Landwirte zu einem erhöhten Output auf anderen Flächen zwingen. Diese Härten müssen entweder gänzlich aus dem Weg geschafft werden oder durch einen angepassten Vertragsnaturschutz so entschädigt werden, dass ein auskömmliches Einkommensniveau für die Landwirte erhalten bleibt.



DIE LINKE:

Klima- und Biodiversitätskrise müssen gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Landwirtschaft hat dabei eine hohe Verantwortung und muss zum Schutz der Arten und Biotope beitragen. Öffentliche Leistungen der Landwirt: innen, wozu auch der Natur- und Artenschutz gehören, müssen einkommenswirksam honoriert werden. Dazu gehört u. a. die hart erkämpfte Weidetierprämie, für die sich DIE LINKE viele Jahre stark gemacht hat und die mit der jetzigen GAP-Reform kommt. Der Schutzstatus von Tieren ist zu respektieren, aber auch regelmäßig zu evaluieren. Konflikte zwischen Landnutzenden und Tierarten mit Schutzstatus sind durch klare, bundeseinheitliche Regelungen für einen Rechtsanspruch auf Förderung für notwendige Schutzmaßnahmen und Schadensausgleich, aber auch durch ein entsprechendes Management zu vermeiden. Förderungen und Entschädigungen sollen kostendeckend inklusive Arbeitskosten sein, unverzüglich und nicht unnötig bürokratisch ausgezahlt werden.



DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die gesellschaftliche Leistungen der Landwirtschaft wie Naturschutz honoriert. Wir setzen uns für innovative Instrumente der Agrarumweltförderung für Bäuer*innen ein. Für ökologischen Pflanzenschutz werden wir ein umfassendes Umsetzungs- und Beratungsprogramm auflegen und werden die Landwirt*innen bei der Umsetzung der notwendigen Pestizidreduktion finanziell unterstützen. Streng geschützte Arten, die den günstigen Erhaltungszustand erreicht haben, können und sollen durch regional angepasste Managementpläne kontrolliert werden. Dies trifft auf den Wolf bislang nicht zu. In Problemfällen können Wölfe bereits jetzt geschossen werden. Schutzmaßnahmen für Weidetiere wollen wir – wie die Weidetierhaltung insgesamt – besser fördern.



CDU/CSU:

Natur- und Artenschutzleistungen werden wir weiter durch Kooperation und Anreize fördern und honorieren. Das Interesse der Landwirtschaft ist da. Die Eco-Schemes und Agrarumweltprogramme der GAP wollen wir attraktiv ausgestalten und auch das sogenannte Kooperativen-Modell möglich machen, bei dem Landwirte überbetrieblich und in Absprache mit Naturschützern und Verwaltung entscheiden, wie die Artenvielfalt in der Kulturlandschaft gestärkt werden kann. Um unsere Weidetierhaltung zu sichern, setzen wir uns dafür ein, dass der strenge Schutzstatus des Wolfs im europäischen Naturschutzrecht überprüft und angepasst wird. In Bundesländern mit günstigem Erhaltungszustand der Wolfspopulation soll die Option für ein aktives Management eröffnet werden. Auch der Schutzstatus von anderen Tieren, wie Gänsen, die sich zum Teil stark vermehrt haben, soll regelmäßig überprüft und aktualisiert werden.



FDP:

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen ergebnisorientierten Insekten- und Artenschutz ein. Diesen erreichen wir nicht durch pauschale Bewirtschaftungsverbote, Auflagen und fachlich nicht nachvollziehbare Regulierung für die Landwirtschaft, sondern durch kooperative Ansätze und Naturschutzkooperationen. Wir wollen Biber und Wolf, aber auch weitere Tierarten wie Kormorane und Nandus in das Bundesjagdgesetz aufnehmen. Der günstige Erhaltungszustand des Wolfes ist nach den Kriterien der FFH-Richtlinie vielerorts bereits erreicht. Nach den Kriterien der FFH-Richtlinie muss der Wolf von Anhang IV in den Anhang V der Richtlinie überführt werden – dafür setzen wir Freie Demokraten uns ein. Zudem wollen wir beim Wolf ein aktives Bestandsmanagement einführen, um die Weidetierhaltung nicht weiter zu bedrohen.

6. Bioenergie und nachwachsende Rohstoffe: Welche Zukunft haben die Bioenergie bzw. nachwachsende Rohstoffe? Welche Nutzungsformen (Wärme, Strom, Verkehr, stoffliche Nutzung) halten Sie für besonders unterstützenswert?



AfD:

Bioenergie trägt zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten bei und hilft dabei, die maximale Verwertung von Reststoffen zu erzielen. Die AfD steht einer spezifischen Förderung bestimmter Energieerzeugungstechnologien jedoch skeptisch gegenüber, da diese Form des Eingriffes zu gravierenden Marktverzerrungen führt. Im Sinne einer angestrebten Regionalförderung soll deshalb der Landwirt nach freien wirtschaftlichen Kriterien selbst für sich entscheiden, welche Form der Bioenergie er für die richtige hält.



DIE GRÜNEN:

Bioenergie leistet einen wichtigen Beitrag zur Systemstabilität der Energieversorgung. Daher wollen wir GRÜNE die Energieerzeugung aus Biomasseanlagen grundsätzlich erhalten. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die Anlagen weiter flexibilisiert werden. Insbesondere das hierbei erzeugte Biogas und Biomethan wollen wir dort einsetzen, wo wir auch in Zukunft auf gasförmige Energieträger angewiesen sein werden: Industrie, Schwerlastverkehr sowie als Back-up-Option im Stromsystem. Die Nachhaltigkeit spielt bei dieser Energieerzeugung insbesondere zum Erhalt der Biodiversität allerdings einen besonders wichtigen Faktor. Biogasanlagen müssen daher weitgehend auf Rest- und Abfallstoffe und ökologisch wertvolle (humus- und biodiversitätsfördernde) Substrate umgestellt werden. Dabei sollen gezielte Anreize zur weiteren Reduktion des Einsatzes von Mais – zugunsten des Einsatzes von Klee gras und blühenden Dauerkulturen – gesetzt werden.



DIE LINKE:

Bioenergie und nachwachsende Rohstoffe spielen eine wichtige Rolle bei der Energiewende, dürfen aber nicht die Ernährungssouveränität gefährden. DIE LINKE unterstützt die Verwendung von Biogasanlagen als integrierte Systemdienstleistung, eingebettet in ein nachhaltiges Landnutzungskonzept und in der Hand landwirtschaftlicher Betriebe. Bestehende Anlagen müssen mit Abfall und Reststoffen aus der landwirtschaftlichen Nutzung betrieben werden können. Biogas auf Basis von NaWaRo lehnt DIE LINKE ab. Die langfristige stoffliche Verwendung und anschließende Kaskadennutzung von landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Produkten muss deutlich stärker ausgebaut werden. Dazu gehören Anbaualternativen, z. B. die Verarbeitung und Verwendung von Nutzhanf und Holz als Bau- und Dämmstoff. Das bindet nicht nur CO₂, sondern spart auch noch die Verwendung von anderen nicht nachhaltigen Bau- und Dämmstoffprodukten. Dafür macht sich DIE LINKE stark.



FDP:

Biogas- und Biomasse-Anlagen sind (im Gegensatz zu Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen) tageszeit- und wetterunabhängig zu betreiben und können daher jederzeit Strom und Wärme liefern. Wir sehen sie daher als wichtige Elemente der regenerativen Energieerzeugung an. Wir Freie Demokraten streben an, dass die erneuerbaren Energieträger zukünftig Systemverantwortung übernehmen und selbst für die Sicherheit ihres Stromangebots sorgen. In einem solchen offenen Leistungsmarkt werden Bioenergieanlagen wirtschaftliche Vorteile haben. Die Erhaltung von bestimmten Bioenergieanlagen ist für uns jedoch kein Selbstzweck, auch solche Anlagen müssen sich letztlich aus sich selbst heraus rechnen.



CDU/CSU:

In einen intelligenten Energiemix gehört Energie aus nachhaltiger Biomasse in allen Einsatzbereichen. Unser Ziel sind Nutzungen mit großer Klimawirkung, hoher regionaler Wertschöpfung und Wirtschaftlichkeit, die positive Effekte für

unsere landwirtschaftlichen Betriebe und Arbeitsplätze in ländlichen Regionen haben. Konkret bedeutet das zum Beispiel die Verbesserung der Möglichkeiten der Mist- und Güllevergärung, insbesondere in kleinen und hofnahen Biogasanlagen, die Flexibilisierung der Anlagen und attraktivere Bedingungen für den Einsatz von Blühpflanzen als Substrat. Nachhaltig erzeugte Anbaubiomasse ist auch als Brückentechnologie bei Biokraftstoffen weiterhin nötig. Ebenso gilt es, den Einsatz im Gebäudesektor und bei der Wärmenutzung noch besser zu erschließen. Dazu wollen wir z. B. das Bundesförderprogramm effiziente Wärmenetze gut ausstatten und kommunale Wärmenetze in eine regionale Energiewende einbetten.



SPD:

Bioenergie gehört wie Wasserkraft und Geothermie zu den steuerbaren erneuerbaren Energien. Von daher ist Bioenergie ein wichtiger Pfeiler im Rahmen der Erneuerbaren, sie ist speicherbar und kann die Fluktuationen von Wind und Sonne ausgleichen. Ihr Einsatz soll für den Strom- und Wärmebereich weiter ausgebaut werden. Allerdings steht der Anbau von Energiepflanzen in Konkurrenz zur Nahrungs- und Futtermittelproduktion. Um diese Konkurrenz auch beim Import von Bioenergie zu vermeiden, sind neue Anlagen vor allem auf die Verwertung von Abfall- und Reststoffen ausgelegt. Der bedeutendste Bioenergieträger in Deutschland ist Holz, besonders für die Wärmeerzeugung ist er bislang unabdingbar. Die Verwendung von Bioenergie ist teuer, wird aber dann wirtschaftlich, wenn sie im Strombereich ergänzend zu Wind und Sonne eingesetzt wird. Hierfür bedarf es eines Strommarktdesigns, das die Knappheit von Strom und Wärme am Markt abbildet. Wir werden das Abgaben- und Umlagesystem entsprechend novellieren.

7. Steuerpolitik: Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Ertrags-, Umsatz-, Erbschaft- und Substanzsteuern? Wie kann für die landwirtschaftlichen Betriebe Stabilität gewährleistet, die Investitionsbereitschaft gestärkt und die Vermögenssubstanz erhalten werden?



SPD:

Wir wollen die Besteuerung von Einkommen gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Wir wollen deshalb die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt und die Kaufkraft stärkt. Im Gegenzug werden wir die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranziehen. Die Vermögensteuer werden wir wieder in Kraft setzen, auch um die Finanzkraft der Länder für wichtige Zukunftsaufgaben zu verbessern. Dabei werden wir einen maßvollen, einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen einführen. Gleichzeitig wird es hohe persönliche Freibeträge geben, so dass sich die Steuerbelastung auf besonders vermögende Teile der Bevölkerung konzentriert. Wir stellen sicher, dass mit der Vermögensteuer keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Grundlage von Betrieben wird bei der Vermögensteuer verschont. Wir werden die Erbschaftsteuer reformieren. Mit einer effektiven Mindestbesteuerung werden wir die Überprivilegierung großer Betriebsvermögen abschaffen. Auch für vermögenshaltende Familienstiftungen werden wir eine Mindestbesteuerung einführen.



AfD:

Die AfD setzt sich gegen jede Form der Zusatzbesteuerung in oben genannten Bereichen ein und votiert für eine Beibehaltung der derzeit geltenden Besteuerungsgrundlagen.



FDP:

Wir Freie Demokraten wollen die Investitionsbereitschaft mit verlässlichen Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe stärken, um derartige Entscheidungen überhaupt wieder planbar zu machen. Für uns steht fest, dass die Weitergabe von erarbeitetem Eigentum und Vermögen und die Fortführung von Familienunternehmen nicht durch steuerliche Regelungen behindert werden darf. Damit die Unternehmen nicht durch Erbgänge oder eine Substanzbesteuerung gefährdet werden, lehnen wir eine Verschärfung der Erbschaftsteuer oder die Wiedereinführung der Vermögensteuer ab. Wir wollen zudem eine Trendwende bei der Abgabenquote erreichen und die Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber wieder auf unter 40 Prozent senken. Denn die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unseres Landes dürfen nicht durch immer höhere Abgaben daran gehindert werden, unseren Wohlstand zu sichern.



CDU/CSU:

Wir bleiben auch in Zukunft beim Grundsatz „Entlasten statt Belasten“. Gerade nach der Pandemie sind Steuererhöhungen der falsche Weg. Sie stehen dem notwendigen Aufschwung unserer Wirtschaft entgegen. Wir treten entschieden allen Überlegungen zur Einführung neuer Substanzsteuern, wie der Vermögensteuer oder der Erhöhung der Erbschaftssteuer, entgegen. Beides würde vor allem auch die wirtschaftliche Substanz Deutschlands gefährden und Arbeitsplätze kosten. Wir wollen die Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, perspektivisch auf 25 Prozent deckeln. Dabei wollen wir Rechtsformneutralität herstellen, ob für Einzelunternehmer, Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft. Wir wollen u. a. die Thesaurierungsbegünstigung, die Anrechnung der Gewerbesteuer und Abschreibungsregeln verbessern. Wir werden den Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen und gleichzeitig kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlasten.



DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE wollen Steuererleichterungen dort, wo sie nachhaltig und zielgerichtet sind. Deshalb wollen wir gezielte Investitionsanreize setzen. Neben einer degressiven Abschreibung für Investitionen in die digitale und ökologische Modernisierung bis deutlich über das Jahr 2021 hinaus, wollen wir das Ansparen auf solche Investitionen für KMU durch eine temporäre Erweiterung des Investitionsabzugsbetrags (§7g EStG) fördern. Weiter wollen wir die Thesaurierungsvergünstigung attraktiver machen und Bürokratie abbauen. Steuererhöhungen soll es nur für sehr gut verdienende Menschen mit Einkommen ab 100.000 bzw. 200.000 Euro bei Ehepaaren geben. Eine Steuer auf Vermögen von mehr als zwei Millionen Euro pro Person soll eingeführt werden und in gute Bildung fließen. Unternehmen haben wir dabei im Blick und werden Betriebsvermögen im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang begünstigen sowie zusätzliche Investitionsanreize setzen.



DIE LINKE:

Wir wollen öffentlichen Besitz an land- und forstwirtschaftlichen Flächen stärken. Wir schlagen u. a. einen öffentlichen Bodenfonds vor, der an nachhaltig wirtschaftende, ortsansässige Agrarbetriebe zu fairen Konditionen verpachtet. Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise deckeln. Share Deals zur Vermeidung der Grunderwerbsteuer wollen wir auch auf dem Agrarsektor eindämmen. Bei der Einkommensbesteuerung wollen wir niedrige und mittlere Einkommen entlasten, hohe Einkommen dagegen belasten. Als Faustregel gilt: Wer als Single weniger als 6.500 Euro Bruttoeinkommen im Monat hat, zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern. Wir fordern die Wiedererhebung der Vermögensteuer. Hohe Freibeträge stellen sicher, dass nur die vermögendsten 2 % der Bevölkerung belastet werden. Bei der Erbschaftsteuer wollen wir, dass die Erwerbe mittlerer Vermögen nicht mehr stärker als die von hohen Vermögen belastet werden.

8. Markt- und Wettbewerbsrecht: Halten Sie es für nötig, der Konzentration von Nachfragemacht des Lebensmitteleinzelhandels und großer Verarbeitungsunternehmen in der Lebensmittelkette entgegen zu treten? Wie kann eine Stärkung der Position der landwirtschaftlichen Erzeuger erreicht werden?



DIE GRÜNEN:

Aus unserer Sicht besteht im Lebensmittelmarkt mit der Dominanz von vier großen Supermarktketten und großen Verarbeitungsunternehmen eine problematische Marktkonzentration, die zu weniger Auswahl für Verbraucher*innen und mehr Preisdruck auf Lebensmittelproduzent*innen und Landwirt*innen führt. Daher haben wir GRÜNE die gesetzliche Regulierung der Lieferbeziehungen durch die europäische Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette begrüßt. Wir halten jedoch noch weitere Maßnahmen wie die Schwärzung der gesamten „Grauen Liste“ sowie die Einführung einer Generalklausel gegen jegliches unfaires Handeln für erforderlich. Außerdem werden wir prüfen, wie der Verkauf von Lebensmitteln unterhalb der Produktionskosten unterbunden werden kann. Den Zusammenschluss von Erzeugergemeinschaften wollen wir erleichtern, damit diese gegenüber dem Handel mit gebündelten Kräften auftreten können.



SPD:

Ja, die Erzeuger müssen gestärkt werden. Um die Marktmacht der großen Konzerne im Einzelhandel zu begrenzen und unlauteren Vertragsbedingungen entgegenzutreten, haben wir in der Bundesregierung mit der Umsetzung der UTP-Richtlinie in nationales Recht eine Reihe von unfairen Handelspraktiken verboten. Zudem haben wir als SPD die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle für mehr Fairness in der Lebensmittelkette durchgesetzt. An sie werden sich alle anonym wenden können, die von unfairen Verträgen und Dumpingpreisen betroffen sind. Die Beobachtungen der Ombudsstelle zu

Geschäftsgebaren und Preisentwicklung sollen zur Verbesserung der rechtlichen Regelungen beitragen.



CDU/CSU:

Marktpreise müssen fair sein und den Erzeugern ein auskömmliches Einkommen ermöglichen. Die Markt- und Produktionsrisiken dürfen nicht beim Erzeuger alleine liegen. Wir wollen eine faire Lieferkette mit Marktverantwortung von Verarbeitungsebene und Handel fördern. Mit der Umsetzung der UTP-Richtlinie haben wir unfaire Handelspraktiken, wie kurzfristige Stornierungen, erzwungene Rabatte usw., verboten. Die Entwicklung werden wir intensiv begleiten und – wenn nötig – weiter regulierend eingreifen. Den in den letzten Monaten intensivierten Dialog zwischen Landwirtschaft und Handel, der etwa zur zentralen Koordinierungsstelle Handel/Landwirtschaft geführt hat, sehen wir als wichtigen Baustein eines Systems zur stärkeren Beteiligung der Landwirte an der Wertschöpfung, welchen wir kartellrechtlich absichern wollen. Zusammen mit der Branche wollen wir eine Nationale Lebensmittel-Agentur auf den Weg bringen, die für heimische regionale Produkte wirbt und die Stellung der Landwirte stärkt. Bei der Entwicklung des ländlichen Raums werden wir regionale Kreisläufe stärken.



Afd:

Die Afd sieht die Probleme der Marktkonzentration des Lebensmitteleinzelhandels und setzt sich für eine Stärkung der landwirtschaftlichen Produzenten ein. Allerdings braucht es für weitere Lösungen einen einheitlichen Kurs unter den Landwirten. Diesen Dialogprozess begleiten wir gerne und stehen einvernehmlichen Lösungen zwischen dem Lebensmitteleinzelhandel und den Landwirten offen gegenüber, um fairere Vertragsgestaltungen im beiderseitigen Interesse zu ermöglichen.



DIE LINKE:

DIE LINKE will die wachsende Konzentration beenden. Wenn 13 % der Bruttowertschöpfung durch Lebensmittel bei den Erzeugern landen und die restlichen 86 % von Tönnies, Aldi & Co. abgeschöpft werden, ist das System weder fair noch leistungsfähig. Es werden nur Monopolrenten abgeschöpft, während VerbraucherInnen, Beschäftigte und Erzeuger geschröpft werden und die öffentliche Hand für die Schäden zur Kasse gebeten wird. Wir wollen ein Kartell- und Wettbewerbsrecht mit sozial-ökologischer Zielsetzung und eine Entflechtung. Wir wollen u. a. ein Verbot unlauterer Handelspraktiken (Generalklausel), Beschwerdemöglichkeit auch für NGOs, Nicht-EU-Lieferanten sowie Gewerkschaften; eine unabhängige Behörde mit weitgehenden Ermittlungs-/Kontrollkompetenzen und Preisbeobachtungsstelle wie in Frankreich und Spanien sowie eine Ombudsstelle. Parallel wollen wir die Finanzflüsse im Agrarbereich ganz neu organisieren und den Erzeugern eine Perspektive bieten.



FDP:

Wir Freie Demokraten machen uns für die marktwirtschaftliche Preisbildung bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der gesamten Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Einzelhandel stark. Die Regelungen gegen Marktmachtmissbrauch wollen wir konsequenter umsetzen. Wo auch immer sich Marktmacht einseitig konzentriert, schadet dies dem fairen Wettbewerb. Wir wollen die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, durch eine Reform des Genossenschaftsrechts die starren Lieferbeziehungen zwischen Genossenschaft und Erzeugern modernisieren und die innergenossenschaftliche Demokratie stärken. Langfristig werden die deutschen Landwirte nur von verbesserten Einkommen profitieren, wenn die Politik für ein Level-Playing-Field in sämtlichen Rechtsbereichen der Lebensmittelerzeugung auf europäischer Ebene sorgt, von nationalen Alleingängen absieht und die Einhaltung geltenden Rechts gewährleistet.

9. Ressourcenschonende, moderne Landwirtschaft: Die Anforderungen des Umwelt- und Ressourcenschutzes an die heimische Lebensmittelerzeugung nehmen stetig zu. Welche Technologien und Instrumente sind dafür notwendig? Und wie werden Sie die heimische und auch die Öko-Landwirtschaft unterstützen? Wie wollen Sie landwirtschaftliche Flächen für die Produktion erhalten?



DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE wollen den Ökolandbau umfangreich fördern. Ziel sind 30 Prozent Ökolandbau bis 2030. Die Agrarforschung für eine Ökologisierung der Landwirtschaft werden wir deutlich ausweiten. Wir werden vielfältige Fruchtfolgen und widerstandsfähige Anbausysteme ebenso stärken wie die Nutzung von robusten Pflanzensorten und Tierrassen. Auch digitale Anwendungen können bei entsprechender Ausrichtung die Landwirtschaft umwelt- und klimafreundlicher machen, müssen aber auch – zum Beispiel über Sharing-Konzepte – kleineren Betrieben offenstehen und bezahlbar sein. Wir wollen den Flächenverbrauch deutlich vor dem Jahr 2030 auf unter 30 Hektar am Tag reduzieren, und in eine Flächenkreislaufwirtschaft einsteigen, was auch der Landwirtschaft zugutekommt. Dafür setzen wir uns unter anderem für die Streichung des erleichterten Bauens im Außenbereich nach §13b Baugesetzbuch ein.



CDU/CSU:

Digitalisierung und molekularbiologische Züchtungstechnologien sind Schlüsseltechnologien für eine nachhaltige Landwirtschaft. Deshalb wollen wir einen verantwortungsvollen, auf klaren Regeln basierenden Einsatz der neuen Züchtungstechnologien ermöglichen. Die Digitalisierung werden wir weiter fördern und dabei sicherstellen, dass Betriebe aller Größen profitieren. Wir fördern die heimische Landwirtschaft in vielfältiger Weise mit den Zahlungen der GAP, mit guten Investitionsbedingungen und mit der Honorierung von

Leistungen für Klima- und Naturschutz. Auch den Ökolandbau werden wir weiter verlässlich unterstützen. Die wachsende Nachfrage der Verbraucher soll möglichst mit heimischer Ware gedeckt werden. Um landwirtschaftliche Flächen zu schonen, sollen Infrastruktur- und Baumaßnahmen agrarstrukturelle Belange berücksichtigen. Den Naturschutzausgleich wollen wir vorrangig produktionsintegriert und ohne Inanspruchnahme wertvollen Ackerlands gestalten.

DIE LINKE. DIE LINKE:

Smart- und Präzisionslandwirtschaft bieten eine Möglichkeit u. a. zur besseren und passgenauen Anwendung von Dünger und notwendigen Pestiziden. Das spart Ressourcen und schützt die Umwelt vor Nährstoffüberschüssen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass technische Innovationen gefördert und anschließend für alle verfügbar gemacht werden. Die digitale Erhebung von Daten kann dabei helfen, Abläufe effizienter zu gestalten. Landwirt:innen müssen dabei über die Datenhoheit verfügen. Ein Abgreifen der Daten durch Digitalkonzerne will DIE LINKE verhindern. Der Flächenverlust durch Neuversiegelung muss drastisch verringert werden. Entsiegelung muss Vorrang haben. Straßenneubau darf es nur bei einem unabhängig ermittelten Bedarf geben. In den Flächennutzungs- und Landschaftsplänen müssen Entsiegelungspotenziale festgehalten werden. Es muss ein Fonds eingeführt werden, um belastete Flächen von Altlasten zu befreien.



Afd:

Die reine Fokussierung auf die ökologische Landwirtschaft mündet aus Sicht der Afd in einer Sackgasse, da einerseits mehr Flächen benötigt werden, um denselben Output zu erzielen, und andererseits aufgrund diverser Bodenbeschaffenheiten nicht alle Flächen gleichermaßen für den ökologischen Anbau geeignet sind. Um die Lebensmittelvielfalt nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ zu erhalten, braucht es deshalb gezielte Stärkungsmaßnahmen der heimischen, d. h. der regionalen Landwirtschaft. Dies kann durch Stärkungen von StadtLand-Beziehungen, etwa durch Förderungen heimischer

Lebensmittel in Kantinen, Schulen etc., erreicht werden. Andererseits müssen Wege gefunden werden, Lebensmittelimporte insgesamt zu reduzieren.



FDP:

Wir Freie Demokraten wollen die Ziele unserer multifunktionalen Landwirtschaft in Einklang bringen. Wir setzen dabei auf Natur- und Artenschutz durch Kooperationen statt starrer Auflagen und Bewirtschaftungseinschränkungen. Vor dem Hintergrund der wachsenden Weltbevölkerung und steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln bedarf es einer nachhaltigen Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Gleichzeitig stellt der Klimawandel die Landwirtschaft weltweit vor große Herausforderungen und bedroht die Ernten. Damit geht auch eine enorme Verantwortung für Deutschlands hochentwickelte Industrienation einher, weiterhin ihren Beitrag zur globalen Nahrungsmittelsicherheit durch moderne, ressourcenschonende Produktionsverfahren zu leisten. Wir sehen dabei große Chancen in der Nutzung innovativer Technologien wie Smart Farming oder neuer Züchtungstechniken, die wir voranbringen wollen. Um eine Abwanderung der landwirtschaftlichen Produktion ins Ausland zu verhindern, wollen wir verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Landwirte.



SPD:

Unsere Landwirtschaft steht angesichts von Globalisierung, Klimawandel und gesellschaftlichen Erwartungen vor enormen Herausforderungen. Diese lassen sich mit den bisherigen Direktzahlungen, die nur an den Flächenbesitz gebunden waren, nicht bewältigen. Wir brauchen in der Landwirtschaft vielmehr einen Systemwechsel weg von der bisherigen Weltmarktorientierung und hin zu regionalen Nährstoff- und Wirtschaftskreisläufen. Für die SPD ist es ein zentrales Anliegen, gesellschaftlich erwünschte Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft insbesondere im Umwelt- und Klimaschutz sowie zum Erhalt unserer vielgestaltigen Kulturlandschaft angemessen zu honorieren. Ab dem kommenden Jahr werden daher schrittweise bis zu 25 Prozent der Direktzahlungen für die neuen Öko-Regelungen (Eco Schemes) eingesetzt. Dies

entspricht unserem Grundsatz „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. Entscheidend ist hierbei der betriebswirtschaftliche Anreiz zur Umsetzung der Gemeinwohlleistungen. Unser Ziel ist es, den Anteil des ökologischen Landbaus in Deutschland bis 2030 auf 30 % zu steigern. Daher setzen wir uns für eine weitere Stärkung der zweiten Säule und die Nutzbarkeit der Ökoregelungen auch für alle Ökolandbaubetriebe ein. Die Politik für die ländlichen Räume darf bei aller Umweltorientierung nicht geopfert werden. Lebensqualität der Menschen, gute Arbeit und gute Daseinsvorsorge einschließlich flächendeckender digitaler Netze in allen ländlichen Räumen bleiben Kernanliegen der SPD und sind Basis für gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland. Der Boden als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu und ist vor Investoren ohne Agrarbezug zu schützen. Die dafür nötigen gesetzlichen Regelungen werden wir auf den Weg bringen. Um zukünftig regionale Wertschöpfungsketten dauerhaft zu etablieren, muss neben die bisherige GAP ein Instrument zur gezielten Nachfragestärkung treten: Der Einkauf regional und nachhaltig erzeugter Lebensmittel für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung soll dauerhaft vom Bund gefördert werden. So können landwirtschaftliche Betriebe ihre Produkte deutlich besser vor Ort und zu angemessenen Preisen verkaufen. Gesunde Ernährung in Kita und Schule bedeutet zudem Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land. Auch eine deutliche Entlastung des Gesundheitssystems durch den starken Rückgang ernährungsbedingter Erkrankungen wird die Folge sein.

10. Ländlicher Raum: Vitalität und Zukunftsfähigkeit vieler ländlicher Räume leiden durch Abwanderung junger Menschen und Überalterung der verbleibenden Bevölkerung. Wie werden Sie eine wirklich flächendeckende hochleistungsfähige, digitale Infrastruktur bzw. überhaupt Infrastrukturen in ländlichen Räumen sicherstellen und standortnahe Arbeitsplätze sichern?



SPD:

Menschen leben gerne in einer Region, wenn sie dort gute Arbeit finden und eine funktionierende Infrastruktur für ihre alltäglichen Bedürfnisse haben. Insbesondere vor diesem Hintergrund werden wir das neu aufgebaute gesamtdeutsche Fördersystem mit besonderem Blick auf die strukturschwachen, ländlichen Räume regelmäßig evaluieren und verbessern. Neben der Regelförderung leisten wir im landwirtschaftlichen und ländlichen Bereich mit Modell- und Demonstrationsvorhaben einen wichtigen Beitrag. Wir werden dabei nicht nur landwirtschaftsbezogene Projekte fördern, sondern gezielt in die Wertschöpfung vor Ort investieren, um junge Menschen in den Regionen zu halten und die Daseinsvorsorge für alle Bewohner*innen sicherzustellen. Dazu gehören der Breitbandausbau, die Kinderbetreuung, die Ansiedlung von Mediziner*innen, der Ausbau des ÖPNV und wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten. Ein großer Anteil der Mittel der Städtebauförderung fließt in ländliche Räume, diese Entwicklung werden wir fortsetzen. Zudem wollen wir eine Mobilitätsgarantie für den ÖPNV auch in ländlichen Regionen, sprich einen Mindeststandard für die Erreichbarkeit der nächstgelegenen Zentren mit dem öffentlichen Verkehr. Mobilität ist das soziale Rückgrat der ländlichen Räume.



AfD:

Die Digitalisierung der ländlichen Räume ist nach dem Vorbild Schwedens großflächig voranzutreiben. Darauf aufbauend können dann weitere Maßnahmen zum Erhalt der ländlichen Regionen erfolgen. Digitale Arbeitsplätze müssen

dabei ebenso prioritär geschaffen werden wie Verwaltungsvereinfachungen etwa durch E-Government. Es gilt, die positiven Facetten (eine Umkehrung des Urbanisierungstrends, E-Learning etc.), die sich während der Corona-Pandemie ergeben haben, als neue Chancen wahrzunehmen und für die ländlichen Räume zu nutzen, um sie für den Zuzug attraktiver zu machen.



CDU/CSU:

Wir arbeiten mit Hochdruck an Gigabit-Anschlüssen und flächendeckendem 5G. 15 Mrd. Euro stehen bis 2025 zur Verfügung. Wir schaffen Modellregionen mit weniger Bürokratie und guten Bedingungen für Start-ups. Wir fördern Co-Working-Spaces für modernes Arbeiten in den Dorfkernen. Mit der Ansiedlung von Behörden und Forschungseinrichtungen bringen wir neue qualifizierte Arbeitsplätze aufs Land. Heimatagenturen sollen aktiv um junge Menschen werben.



DIE GRÜNEN:

Damit finanzschwache Kommunen in solide Daseinsvorsorge investieren können – auch in Breitband überall, fordern wir eine Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“. Und: Eine Verschlinkung der Förderrichtlinien stärkt die Wirtschaft vor Ort. Die Übernahme inhabergeführter Betriebe müssen der Neugründung gleichgestellt werden. Für Auszubildende sollen die Voraussetzungen für ein auskömmliches Leben verbessert werden.



FDP:

Wir Freie Demokraten wollen durch vielfältige, moderne Ansätze und mehr Freiräume für Kommunen die Lebensqualität der Menschen verbessern und insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, von der Industrie, der Landwirtschaft über das Handwerk bis zum Handel, auch in ländlichen Regionen Perspektiven schaffen. Voraussetzungen hierfür sind eine flächendeckend zukunftstaugliche digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege, ein

flexibler öffentlicher Personennahverkehr sowie ein starkes duales Bildungssystem. Den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen wollen wir mit Gigabit-Gutscheinen beschleunigen. Innovative Mobilitätsformen wie das autonome Fahren können insbesondere für den ländlichen Raum eine schnellere und kostengünstigere Versorgung bedeuten. Zudem wollen wir Ehrenamt und Sport durch gute Rahmenbedingungen (z. B. Entlastung von Bürokratie und Haftungsrisiken) unterstützen.

DIE LINKE. DIE LINKE:

Der Ausbau von Gigabit-Leitungen muss mit Hochdruck in kommunaler Eigenregie vorangetrieben werden, finanziell unterstützt durch den Bund. Zur Sicherung standortnaher Arbeitsplätze bedarf es der Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen. Bleibeperspektiven werden zudem geschaffen durch alternative Wohn- und Arbeitsformen, einen besseren ÖPNV und den regional angepassten Ausbau von Kitas, Schulen und Gesundheitsdiensten.

11. Grundgesetzänderung (Zukunftskonzept des DBV): Die deutsche Landwirtschaft will das ausgesprochen hohe Erwartungsniveau seitens Markt, Politik und Gesellschaft hinsichtlich noch mehr Nachhaltigkeitsleistungen einlösen. Dazu braucht es jedoch einen gesellschaftlichen Konsens, dass eine starke heimische Landwirtschaft, Ernährungssicherung und Nachhaltigkeit zusammengehören. Unterstützen Sie den Vorschlag, das Grundgesetz in Art. 20a - Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere - um die Ziele Ernährungssicherung und Klimaschutz zu ergänzen?



CDU/CSU:

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass ein vielfältiges Angebot an Lebensmitteln nicht selbstverständlich ist. Wir sind auf unsere Bauernfamilien vor Ort angewiesen. Deshalb werden wir prüfen, ob ein Staatsziel Ernährungssicherheit im Grundgesetz die Entwicklung der Landwirtschaft besser absichern kann und den Stellenwert unserer Land- und Ernährungswirtschaft bei der Abwägung mit anderen Rechtspositionen stärken kann.



DIE GRÜNEN:

Ernährungssicherung ist ein wichtiges Ziel, das der Staat durch verschiedene Maßnahmen der Agrar- und Ernährungspolitik, nicht zuletzt durch die Agrarfördermittel, wahrnimmt und unterstützt. Sie muss jedoch auch immer mit anderen Zielen, wie beispielsweise Klima-, Umwelt-, Tier- und Gesundheitsschutz einhergehen. Dafür ein breites gesellschaftliches Bündnis herzustellen ist wichtiger als eine explizite Verankerung der Ernährungssicherung im Grundgesetz.



FDP:

Wir Freie Demokraten wollen die heimische Landwirtschaft stärken und gleichzeitig Klimaschutz durch marktwirtschaftliche Instrumente zuverlässig und effizient erreichen. Die Aufnahme von „Ernährungssicherung“ und „Klimaschutz“ in Art. 20a des Grundgesetzes würde jedoch keineswegs bedeuten, dass damit verlässliche Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft einhergehen. Anstatt solcher symbolischer Maßnahmen bedarf es unmissverständlicher politischer Beschlüsse zur Angleichung von Produktionsstandards innerhalb des europäischen Binnenmarktes. Nur so schaffen wir endlich einen fairen Wettbewerb innerhalb der EU.



SPD:

Seit 1994 ist der Umweltschutz als Staatsziel in Artikel 20a Grundgesetz verankert. Alle staatlichen Organe – insbesondere die Gesetzgebung – werden „auch in Verantwortung für künftige Generationen“ zum Schutz der Umwelt verpflichtet. Klimaschutz ist bereits vom Grundgesetz erfasst, das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Beschluss vom 29. April 2021 deutlich klargestellt. Es misst dem Klimaschutzgebot einen sehr hohen Stellenwert bei und spannt ausdrücklich den Bogen zwischen „natürlichen Lebensgrundlagen“ und den „nachfolgenden Generationen“.



DIE LINKE:

Ja, DIE LINKE unterstützt den Vorschlag zur Erweiterung des Grundgesetzes um die Ziele Ernährungssicherung und Klimaschutz, weist aber darauf hin, dass das kein Automatismus ist, um die Probleme und hohen Erwartungen an die Landwirtschaft zu lösen. Es kann lediglich dazu beitragen, dem Gegeneinander-Ausspielen von Biodiversität, Natur-, Klimaschutz und der Ernährungssouveränität entgegenzuwirken.

12. Künftiges Bundesministerium: Nicht nur die Coronakrise hat verdeutlicht, dass ein Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Ländlichen Raum unverzichtbar ist. Wird es künftig bei Regierungsverantwortung Ihrer Partei ein solches eigenständiges Bundesministerium geben?



CDU/CSU:

Über Zuschnitte von Ministerien kann erst nach der Bundestagswahl entschieden werden. CDU und CSU ist aber das Landwirtschaftsressort besonders wichtig. Der Kanzlerkandidat von CDU und CSU, Armin Laschet, hat auf dem Deutschen Bauerntag klar gesagt: „Landwirtschaft muss ein starkes Ressort in der Bundesregierung sein.“



FDP:

Die Politik muss der Anforderung, die Themen und Herausforderungen der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes insgesamt aufzugreifen und Lösungen anzubieten, gerecht werden. Dies muss ein fester Bestandteil im täglichen Handeln aller betroffenen Politikbereiche sein. Wir Freien Demokraten wollen daher in Regierungsverantwortung auch weiterhin ein eigenständiges Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft etablieren.



DIE LINKE:

Ja, Landwirtschaft, Ernährung, Wald und Umwelt müssen zusammengedacht werden, da sie die Lebensgrundlage für die Gesellschaft bieten. Die Zusammenführung des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums kann dabei helfen, Zielkonflikte sachorientiert und wissenschaftlich abzuwägen. Das ist aber auch kein Automatismus. Strukturelle Fragen können nur die Umsetzung politischer Ziele unterstützen, die wirklich gewollt sind.



SPD:

Die Eigenständigkeit des Hauses hat sich in der Vergangenheit durchaus bewährt und sollte nicht leichtfertig aufgegeben werden. Letzten Endes bleibt der konkrete Ressortzuschnitt aber den an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien und der Schwerpunktsetzung der kommenden Bundesregierung vorbehalten.



AfD:

Aus Sicht der AfD spricht nichts gegen die Einrichtung eines Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und den ländlichen Raum, sofern dies nicht zu einer weiteren Überbürokratisierung genutzt wird, sondern zu einer Straffung bestehender Strukturen im Sinne der Landwirtschaft beiträgt.



DIE GRÜNEN:

Uns ist wichtig, die Zukunft der Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft zu sichern. Das muss sich in der künftigen Bundesregierung widerspiegeln. Über den Zuschnitt von Ressorts kann erst im Zuge der Koalitionsbildung entschieden werden.

Quelle: dbk Deutsche Bauernkorrespondenz, Ausgabe 8/21